



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/5

12. Januar 1949

Volksdemokratie - mal so, mal so

Von Willy Brandt, Berlin

Theoretische Darlegungen haben im kommunistischen Lager längst den Sinn der Analyse und der kritischen Auseinandersetzung verloren. Sie sind zu textlich-akrobatischen Übungen geworden, durch die die jeweiligen Interessen und Anweisungen des sowjetischen Machtzentrums unter Berufung auf "die Lehre" mehr oder weniger scharfsinnig begründet werden. Aber auch daraus kann sich für den aufmerksamen Beobachter das eine oder andere ergeben, was wert ist, registriert zu werden.

Auf den um die Jahreswende abgehaltenen Kongressen der Kommunistischen Parteien Bulgariens und Polens haben sich Dimitroff und Bierut um eine Theorie der Volksdemokratie bemüht. Beide sind typische Exponenten jener nach langjährigem Moskauer Aufenthalt zurückgesandten Führerschicht, für die die Festlegung ihrer Anhänger auf den "Marxismus-Leninismus" gleichbedeutend ist mit bedingungsloser Unterwerfung unter die Parolen und Aufträge des Kreml. Es hat noch keinen kommunistischen Parteitag gegeben, auf dem nicht irgend welchen Abweichungen der Kampf angesagt wurde. Diesmal handelte es sich vor allem um den Nationalismus, dessen Verwerflichkeit am jugoslawischen Beispiel exemplifiziert wurde. Einig war man sich an beiden Orten, daß der Nationalismus mit der Volksdemokratie nicht vereinbar sei. Das ist die Lesart für die Länder des sowjetischen Machtbereiches.

Ein anderes Rezept empfiehlt Rudolf Herrnstadt in sehr langen Spalten des "Neuen Deutschland" (9.1.) als Auftakt zur inzwischen erneut vertagten Ausrichtungskonferenz der SED. Dort erfahren wir, daß für Deutschland eine neue nationalbolschewistische Offensive vorgesehen ist. Zunächst muß der arme Anton Ackermann aus dem früheren Zentralkomitee der KPD und jetzigen Zentralsekretariat der SED herhalten. Kürzlich hatte er dafür Anbitter zu tun; daß er nach 1945 von einem "besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" sprach. In einem späteren Aufsatz glaubte er, Linie zu halten, wenn er feststellte, der Marxismus-Leninismus kenne "keine besonderen nationalen Formen". Nun wird das auch als Irrlehre gebrandmarkt. Die nationale Frage müsse "kühn und richtig" gestellt werden. So wie die Amerikaner zum Verlassen Chinas gezwungen wurden, müßten sie auch die Deutschen durch "entsprechendes Verhalten" zum Abzug zwingen.

Herrnstadt spricht Übrigens von einer Stagnation seiner Partei, vonden in ihr vorhandene opportunistischen Strömungen und er beschwert sich über solche, die da sagen, "Marxisten wollen wir sein, eher Leninisten nicht". Seine Verbeugungen vor

der totalitären Dreieinigkeit übertreffen womöglich noch die der volksdemokratischen Generalsekretärs. Die Politik des Stalin'schen ZK sei richtig, "über Jahrzehnte hinweg". In Rußland seien "Millionen Menschen eines neuen Typus" geschaffen worden, die russische Partei habe "Eigenschaften erworben, von denen wir heute nur träumen können", und es sei darum ausgeschlossen, den Standard dieser Partei zu erreichen.

Zum Charakter der Volksdemokratie unterschieden sich die Dimitroff-Bierut'schen Erklärungen wesentlich von dem, was der in Ungnade gefallene Professor Varga über einen besonderen Weg zum Sozialismus vor anderthalb Jahren vertreten hatte. Jetzt lautet die These aller Rechtsläubigen, daß die machtvolle siegreiche Sowjetunion ihren Fachbarn den Weg erleichtert und ihnen die Möglichkeit geschaffen habe, "den Übergang zum Sozialismus ohne Schaffung eines Sowjetregimes zu vollziehen". Unbeschadet dieser Eigenheit, so sagt Dimitroff, müsse "das Regime der Volksdemokratie mit Erfolg Funktionen der Diktatur des Proletariats ausüben". Und Bierut spricht mit erfrischender Deutlichkeit davon, "im Rahmen der Volksdemokratie die Funktionen der Diktatur des Proletariats auf unsere Weise auszuüben". Er bricht im übrigen den Stab über diejenigen, die die Volksdemokratie "qualitativ und prinzipiell" vom Sowjetregime unterschieden wissen wollen, und von "einer Art Brücke", zwischen dem Westen und dem Osten träumen.

Volksdemokratie ist nach diesen Erklärungen gleichbedeutend mit Diktatur des Proletariats, die ja in der Praxis die Diktatur einer polizeilich-bürokratischen Schicht über das Proletariat und die übrige Bevölkerung darstellt. Wilhelm Pieck hat vor kurzem abgestritten, daß in der Ostzone die Herrschaft der Volksdemokratie bereits errichtet worden sei. Die Erklärung ist offenbar, daß dieses Gebiet nach dem bolschewistischen Schema noch nicht jenen Grad der Entwicklung erreicht hat, bei dem eine Gleichstellung mit der Diktatur des Proletariats der Sache und den Propagandaabsichten nach angebracht wäre.

Herrstadt muß auch zu diesem Punkt eine Art theoretischer Begründung liefern. Er verweist auf das "vergleichsweise niedrige politische Bewußtsein in Deutschland", das es erforderlich mache, sich zunächst mit einer "fortschrittlichen demokratischen Ordnung" zu begnügen. Sein zweites Argument ist die angebliche Spaltung Deutschlands durch die englisch-amerikanischen Imperialisten. So läuft denn auch diese Argumentation darauf hinaus, daß sich das sowjetische Machtzentrum mit seinem verlängerten Arm in Gestalt des Kominform, zu einer differenzierten, langfristigen Politik gegenüber Deutschland entschlossen hat, nachdem das ursprüngliche Ziel der raschen Durchdringung nicht erreicht worden ist. In diesem Rahmen paßt dann auch die taktisch-formelle Trennung der westdeutschen KP von der ostzonalen Einheitspartei.

Uneiniges Skandinavien

Von unserem Korrespondenten Karl Kern

Im ganzen Norden weiß man, daß die Ministerszusammenkunft in Karlstadt große Bedeutung hat. Sie wurde zweifellos ausgelöst durch die Aktualität, die dem Atlantikpakt zukommt. Ein in Schweden viel diskutiertes Neujahrsinterview des norwegischen Außenministers Lange deutete nach Meinung der schwedischen Presse darauf hin, daß Norwegen bereits Stellung genommen habe, ohne die Koordinierung der Außen- und Militärpolitik der skandinavischen Länder abzuwarten.

Die Reaktion der skandinavischen Presse auf die Ministerszusammenkunft in Karlstadt läßt darauf schließen, daß das Thema der Besprechungen ebenso bekannt ist wie das vorläufige Ergebnis. Es wird von der skandinavischen Presse offener auf hingewiesen, daß die Außenpolitik der drei Länder verschiedene Wege gehen wird. Schweden hält an der unbedingten Neutralitätspolitik fest, während vor allem Norwegen in dem Anschluß an den Atlantikpakt die einzige Möglichkeit sieht, seine Interessen zu wahren. Dänemark nahm in den früheren Verhandlungen der skandinavischen Außenminister und im Komitee zur Koordinierung der Verteidigung einen vermittelnden Standpunkt ein. Das Ergebnis der Beratung in Karlstadt, die ziemlich überstürzt zusammenberufen wurde, läßt kaum den Schluß zu, daß zur Angleichung der Standpunkte genügend Zeit vorhanden war. Vielleicht wird man bei der nächsten Zusammenkunft Ende des Monats klarer sehen.

Die norwegische Presse meint, daß das Auseinanderlaufen der Wege nicht auf einen Mangel an Willen zur Zusammenarbeit beruht, sondern darauf, daß die Auffassungen über die beste Methode, das eigene Volk zu schützen, verschieden sind. In Norwegen ist man davon überzeugt, daß der schwedische Außenminister Undén 70 bis 80 Prozent des schwedischen Volkes hinter seiner Politik der unbedingten Neutralität hat. Man habe in den anderen Ländern kein Recht, der Haltung Schwedens mit Bitterkeit zu begegnen. Die große Mehrheit des norwegischen Volkes teile jedoch die Ansicht des norwegischen Außenministers Lange, für welche dieser in der schwedischen Presse angegriffen werde. -

Die dänische Presse ist im allgemeinen der Auffassung, daß der Anschluß Dänemarks und Norwegens an den Atlantikpakt ohne eine entsprechende Beteiligung Schwedens sich kaum mit einer Koordinierung der nordischen Verteidigungspolitik vereinbaren lasse. Man müsse sich deshalb darauf gefaßt machen, daß ein gemeinsamer Rahmen für die skandinavische Verteidigung nicht geschaffen werden könne.

Die verschiedene Stellungnahme der drei nordischen Länder muß vor folgendem Hintergrund gesehen werden. Sowohl Norwegen wie Dänemark sind infolge ihrer Teilnahme am Kriege psychologisch viel stärker mit den Westmächten verbunden als Schweden. Dazu kommt, daß die militärische Bereitschaft dieser beiden Länder minimal ist, sowohl betreffend die Ausbildung von Mannschaft wie auch das Vorhandensein von Material. Wenn dies auch dem Abschluß der militärischen Beratungen zwischen den drei Ländern vögrreift, muß die Frage gestellt werden, ob Schweden imstande wäre, außer der eigenen Aufrüstung auch noch zum großen Teil jene der beiden Bruderländer zu betreuen. Der Ausbau der Verteidigung müßte jedoch rasch erfolgen.

Für die schwedische Außen- und Verteidigungspolitik ist der politische und militärische Status Finnlands von entscheidender Bedeutung. Einem Anschluß Schwedens an den Atlantikpakt würde wahrscheinlich eine zwangsweise Eingliederung Finnlands in den Ostblock folgen. Dies würde bedeuten, daß im Kriegsfall die russische Armee bei Haparanda steht, anstatt wie jetzt, einige hundert Kilometer von der schwedischen Grenze entfernt. Für den Fall einer Mobilisierung bedeutet das für Schweden einen vielleicht lebenswichtigen Zeitgewinn. Dieser Gesichtspunkt wiegt nach schwedischer Ansicht schwerer als der Vorteil einer Eingliederung Schwedens in den Atlantikpakt. Außerdem ist man in Schweden nicht davon überzeugt, daß Skandinavien in einem künftigen Kriege eine entscheidende strategische Bedeutung hätte und daß die Neutralitätspolitik auch unter diesem Gesichtspunkt gerechtfertigt ist.

Wie man Baugrund gewinnen könnte

Von Dr. Arnold Hille, München

Der Sozialpolitische und der Rechts- und Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages beraten zur Zeit gemeinschaftlich einen "Gesetzentwurf zur Beschaffung billigen Bodens und zur Schaffung von Volksheimstätten". Der Gesetzentwurf wurde von der Fraktion der FDP eingebracht und stellt das Ergebnis von Beschlüssen des Rechtsausschusses des Süddeutschen Länderrats dar. Der Entwurf hatte bereits 1946 die Zustimmung des bayerischen, des württembergisch-badischen Kabinetts und schließlich des süddeutschen Länderrats gefunden. Seine jetzige Fassung ist das Ergebnis von Verhandlungen mit der amerikanischen Kontrollkommission, die das Gesetz zunächst abgelehnt hatte.

Der Entwurf hat keine eigentliche Bodenreform im Auge. Es geht um die Verwirklichung eines Gedankens, den die deutsche Bodenreform unter Adolf Damaschke schon vor 30 Jahren verfochten hat und deren Wurzel nach Amerika reichen. Dort war es Henry George, dessen Gedankengänge jahrzehntelang die Gemüter Amerikas in Bewegung setzte. In England war es Lloyd George, der den Kampf gegen die Spekulation mit Grund und Boden einleitete. Neuerdings hat die Labour Party eine Bodenreform in diesem Sinne angekündigt. Auch in Amerika ist der Gedanke in letzter Zeit wieder Gegenstand einer lebhaften Auseinandersetzung geworden. In Deutschland ist es das sogenannte "Volksheimstättenwerk", das als die Nachfolgerin der Damaschke'schen Bodenreformbewegung angesprochen werden kann.

Die Verfechter dieser Bodenreform gehen von der Überlegung aus, daß der Boden Volkseigentum und jede Spekulation mit Grund, also jede ohne Arbeit und Risiko erzielte Wertsteigerung des Bodens einen Mißbrauch darstellt. Unverdiente Grundrente oder Gewinne sollen durch die Grundrentenabgabe verhindert und der Besitzer veranlaßt werden, allen land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch nicht genutzten Grund an Bauwerber zu einem normalen, d.h. nach dem ursprünglichen Wert bemessenen Preis abzugeben. Grundsätzlich ist in der bayerischen Verfassung das Eigentum geschützt. Art. 161 der Verfassung bestimmt aber, daß Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Aufwand des Eigentümers entstehen, für die Allgemeinheit nutzbar zu machen sind.

Mit dieser Bestimmung ist das Ziel des vorliegenden Gesetzentwurfes verfassungsgesetzlich unterbaut.

Der Widerstand gegen den Gesetzentwurf kommt vor allem aus den Kreisen des spekulativen Grundbesitzes, wie des Grundbesitzes überhaupt. Fürsprecher des Gesetzes sind die sozialen Wohnungsbaugenossenschaften und alle Kreise, denen der Wiederaufbau der Städte und der soziale Wohnungsbau am Herzen liegt. Die Tatsache allein, daß die FDP als resoluteste Vertreterin liberalistischer Eigentumsbegriffe den Gesetzentwurf eingebracht hat, sollte Anlaß genug sein, das Thema zur öffentlichen Diskussion zu stellen und weite Kreise für eine sachliche Auseinandersetzung zu interessieren, an der niemand mehr vorübergehen kann, der die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Bauland, insbesondere im Rahmen des Wiederaufbaus der Städte kennt.

Neue Nationalisierungspläne in England

sp. Vom politischen und propagandistischen Komitee der National-Exekutive der Labour Party wurden vor einiger Zeit sieben Unterausschüsse mit dem Studium besonderer Probleme beauftragt, um beim Entwurf des Parteiprogramms für die Allgemeinen Wahlen 1949 auf möglichst konkrete Unterlagen aufbauen zu können. Der von Herbert Morrison geleitete Ausschuss für Nationalisierung schlägt nun die Verstaatlichung der chemischen Industrie, der Wasserversorgung, der Versicherungsindustrie, des Schiffbaues und der Flugzeug-Industrie als nächst anzustrebendes Ziel vor. Es ist jedoch noch fraglich, ob diese Vorschläge auch die Billigung der Partei finden. Einflußreiche Kreise warnen vor allem vor der Verstaatlichung des Schiffbaues, da dieser zwar augenblicklich bestens floriere, ab 1951 oder 1952 aber stagnieren dürfte. Die Verstaatlichung würde dann einen denkbar schlechten Start haben. Auch die Nationalisierung der Flugzeug-Industrie findet wenig Anklang. Man betrachtet sie für überflüssig, da das Versorgungsministerium sowieso die Kontrolle über diese Industrie ausübt. Wahrscheinlich dürften also nur die chemische Industrie, die Wasserversorgung und das Versicherungsgewerbe für die Verstaatlichung übrig bleiben.

Der Unterausschuß für die Nationalisierung hat sich auch noch mit der Frage befaßt, welche Haltung der Staat in Zukunft gegenüber der Privatindustrie einnehmen soll. Er kam zu der Überzeugung, daß der Regierung durch ein besonderes Gesetz die Befugnis erteilt werden sollte, Fabriken in Industrien, die noch nicht verstaatlicht wurden und die sich entweder zu Monopolen entwickelt haben oder unrentabel sind, aufzukaufen oder zu stützen. Unternehmern, die neue Fabriken errichten wollen, soll unter die Arme gegriffen werden und schließlich soll die Regierung aktiver als bisher mithelfen, die Industrien ertragreicher zu gestalten. Diese Vorschläge lassen erkennen, daß die Labour Party in den letzten Jahren über das Prinzip der Verstaatlichung, der Verteilung und des Austausches hinaus ihre Wirtschaftspolitik modifiziert hat.

(m/B65/2/121/hs)

Humor und "Militarismus"

Es ist eine allgemein bekannte Erscheinung unseres politischen Lebens, daß es reichlich humorlos dahinfließt. Freilich, in einer Epoche des Flüchtlingselends, der zerstörten Städte, der Demontagen und der Berlin-Blockade gedeiht das freundliche Blümlein Humor nur spärlich; es braucht einen leichteren Boden als das Mistbeet unserer Sorgen. Zuweilen aber bricht ein kleiner Sonnenstrahl durch das undüsterte Gewölk des politischen Alltags und verschönt das Gärlein, in dem die Gärtner der Parteien so fürsorglich und ernsthaft werken.

Drum sei eine kleine Geschichte nicht unterschlagen, die sich in Frankfurt abspielte, ausgerechnet vor dem würdigen Forum des Wirtschaftsrates, wo sich die Gegensätze so hart im Raume stoßen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Kriedemann hatte mit einem treffenden Bonmot die Apostel der freien Wirtschaft zur "Brigade Erhard" ernannt. Prof. Erhard schwieg, grübelte Rache ... und zeigte ebenfalls Humor. (Das sei hoch anerkannt! Man freut sich, ihm endlich auch ein Kompliment präsentieren zu können). Bei einer Besprechung mit den Militärgouverneuren marschierte Prof. Erhard in den Saal, hinter sich den Heerbann eines getreuen Gefolgsmannes, nahm vor Kriedemann Haltung an und schnarrte wie ein preußischer Unteroffizier auf eines bayerischen Kasernenhof: "Brigade Erhard angetreten!" Schon schien der Humorkrieg (der uns lieber ist als alle kalten, heißen und lauwarmen Kriege der Mächte) 1 : 0 für Erhard zu stehen, da winkte Kriedemann als jovialer Vorgesetzter lässig ab: "Rührt Euch! Weggetreten kann ich leider nicht sagen".

Das Duell war zu Ende, leider fehlte der Pressephotograph, um das Gesicht Prof. Erhards der Nachwelt zu überliefern. Bleibt nur noch zu hoffen, daß die dem Intermezzo beiwohnenden Militärgouverneure nicht eilends nach London und Washington melden, der deutsche Militarismus habe fröhlichen Urstand gefeiert und das so gründlich, daß selbst die Herren Kriedemann und Erhard sich auf der Plattform einer Remilitarisierung des Wirtschaftsrates gefunden hätten. Das Presse-Echo wäre nicht auszusprechen...
- 0 -

Ungenutzter Kasernenraum

sp. Allen Flanders, führender Funktionär der Labour Party, hat im vergangenen Jahr eine Vortragsreise durch Westdeutschland unternommen. Wohin er kam, machte er sich mit den Sorgen der Bevölkerung vertraut und versuchte zu helfen. So hat er, wie aus einem Denkschreiben des SPD-Bezirks W ser-Ems hervorgeht, sich mit Erfolg dafür eingesetzt, daß die ehemalige Kaserne in Kreyenbrück der Stadt Oldenburg zurückgegeben wurde mit hunderten möglicher neuer Arbeitsplätze. In dem erwähnten Schreiben wird Flanders gleichzeitig gebeten, sich auch für die Rückgabe der nur mit einer kleinen jugoslawischen Wache besetzten Dragonerkaserne in Oldenburg zu verwenden. Alle Bemühungen der Stadtverwaltung in dieser Richtung blieben bisher ohne Erfolg. In der Kaserne kann Wohnraum für etwa 1000 Menschen geschaffen werden.
- 7 -

12. Januar 1949

Tagesordnung der nächsten PV-Sitzung

Die nächste gemeinsame Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des Parteyausschusses und der Kontrollkommission vom 21. bis 23. Januar in Iserlohn wird sich mit fast allen Fragen befassen, die zur Zeit vor- dringliches Interesse beanspruchen. Auf der vorläufigen Ta- gesordnung der Vorstandssitzung steht vor allem die Stellung- nahme der Partei zum Bonner Grundgesetz, zum Ruhrstatut und zum Besatzungsstatut. Ausserdem wird man sich mit der Frage der technischen Vorbereitungen auf die kommenden Frühjahrswah- len in Westdeutschland beschäftigen, und schliesslich werden Berichte über die inzwischen stattgefundenen Besprechungen in den verschiedenen Fachausschüssen zur Diskussion stehen. Zu der Sitzung des Parteyausschusses sind auch die Mitglie- der des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion im Par- lamentarischen Rat und die sozialdemokratischen Ministerprä- sidenten der Landesregierungen bzw. ein sozialdemokratischer Minister der Regierungen, in denen die SPD beteiligt ist, aber nicht den Ministerpräsidenten stellt, eingeladen werden.

Die deutschen Gewerkschaften

Ihr Wesen, Weg und Ziel

Im Franz Mittelbach-Verlag, Stuttgart, erschien unter obigem Titel eine 190 Seiten umfassende, beachtliche Arbeit von Richard Seidel. Es handelt sich hier um den gelungenen Versuch, die Ge- werkschaften, ihre Tätigkeit und Zielsetzung aus historischen und gegenwärtig wirksamen wirtschafts- und sozialpolitischen Be- dingtheiten zu erklären. Diese Zusammenfassung aller auf die Ge- werkschaften einwirkenden Bewegungsmomente, ihre Ergebnisse, wie sie sich in den Formen der gewerkschaftlichen Organisation und dem Inhalt ihrer Ideen darstellen, die Wirkung der Gewerkschaf- ten auf die sozialen Verhältnisse, auf Gesetze und Verträge - das alles füllt nicht nur eine Lücke in der sonst so reichhaltigen Gewerkschaftsliteratur, es gibt vor allem dem jungen Funktionär reichhaltiges Schulungsmaterial in die Hand. - Unter sparsamster Verwendung historischer Daten zur Erläuterung von Voraussetzun- gen ist vor allem Wert auf Klärung der modernen Erscheinungs- formen der gewerkschaftlichen Tätigkeit und Zielsetzung gelegt. Damit ist auch dem alten Gewerkschaftler der Anreiz gegeben, das Werk mit Interesse zu studieren; auch ihm wird noch manches Neue gesagt.

R.D.

12. Januar 1949

Tagesordnung der nächsten PV-Sitzung

Die nächste gemeinsame Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des Parteyausschusses und der Kontrollkommission vom 21. bis 23. Januar in Iserlohn wird sich mit fast allen Fragen befassen, die zur Zeit vor- dringliches Interesse beanspruchen. Auf der vorläufigen Ta- gesordnung der Vorstandssitzung steht vor allem die Stellung- nahme der Partei zum Bonner Grundgesetz, zum Ruhrstatut und zum Besatzungsstatut. Ausserdem wird man sich mit der Frage der technischen Vorbereitungen auf die kommenden Frühjahrswah- len in Westdeutschland beschäftigen, und schliesslich werden Berichte über die inzwischen stattgefundenen Besprechungen in den verschiedenen Fachausschüssen zur Diskussion stehen. Zu der Sitzung des Parteyausschusses sind auch die Mitglie- der des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion im Par- lamenteischen Rat und die sozialdemokratischen Ministerprä- sidenten der Landesregierungen bzw. ein sozialdemokratischer Minister der Regierungen, in denen die SPD beteiligt ist, aber nicht den Ministerpräsidenten stellt, eingeladen werden.

Die deutschen Gewerkschaften

Ihr Wesen, Weg und Ziel

Im Franz Mittelbach-Verlag, Stuttgart, erschien unter obigem Titel eine 196 Seiten umfassende, beachtliche Arbeit von Richard Seidel. Es handelt sich hier um den gelungenen Versuch, die Ge- werkschaften, ihre Tätigkeit und Zielsetzung aus historischen und gegenwärtig wirksamen wirtschafts- und sozialpolitischen Be- dingtheiten zu erklären. Diese Zusammenfassung aller auf die Ge- werkschaften einwirkenden Bewegungsmomente, ihre Ergebnisse, wie sie sich in den Formen der gewerkschaftlichen Organisation und dem Inhalt ihrer Ideen darstellen, die Wirkung der Gewerkschaf- ten auf die sozialen Verhältnisse, auf Gesetze und Verträge - das alles füllt nicht nur eine Lücke in der sonst so reichhaltigen Gewerkschaftsliteratur, es gibt vor allem dem jungen Funktionär reichhaltiges Schulungsmaterial in die Hand. - Unter sparsamster Verwendung historischer Daten zur Erläuterung von Voraussetzun- gen ist vor allem Wert auf Klärung der modernen Erscheinungs- formen der gewerkschaftlichen Tätigkeit und Zielsetzung gelegt. Damit ist auch dem alten Gewerkschaftler der Anreiz gegeben, das Werk mit Interesse zu studieren; auch ihm wird noch manches Neue gesagt.

R.D.